Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5046**
16. Wahlperiode 20. 04. 2007

Fragen

für die Fragestunde der 93. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. April 2007

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordnete **Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Aus welchen Gründen hat sich das Kabinett noch nicht mit dem Entwurf eines 8. Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes beschäftigt, dessen Referentenentwurf bereits seit dem 13. Juli 2006 vorliegt, und wann ist mit einem Kabinettsbeschluss zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

2. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)	Anhand welcher konkreter Qualitätskriterien misst die Bundesregierung die Innovationskraft und die Ausstrahlkraft von wirtschaftlichen Clustern in die sie umgebenden ländlichen Räume, und welche Beispiele gibt es hierfür in den ostdeutschen Bundesländern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

3. Abgeordnete **Elke Reinke** (DIE LINKE.)	Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu der vom Deutschen Städte- und Gemeindebund erhobenen Forderung (vgl. WELT am SONNTAG, 15. April 2007) ein, schnell einen Vorschlag zur Bereitstellung von Bundesmitteln für einen Ausbau der Kleinkinderbetreuung vorzulegen, um den Kommunen Planungssicherheit zu geben und die bei den Eltern geweckten Erwartungen nicht zu enttäuschen?
4. Abgeordnete **Elke Reinke** (DIE LINKE.)	Wie bewertet die Bundesregierung den vom Deutschen Städte- und Gemeindebund angedrohten Rückzug aus einem gemeinsamen Finanzierungskonzept für den Ausbau der Kleinkindbetreuung für den Fall, dass der Bund sich nicht an der Finanzierung des Ausbaus beteilige?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

5. Abgeordnete **Dr. Uschi Eid** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Liegt der Bundesregierung derzeit ein aktuelles und von unabhängigen Experten erstelltes Gutachten vor, das Auskunft über den konservatorischen Zustand der Nofretete-Büste des Ägyptischen Museums in Berlin gibt?

6. Abgeordnete **Dr. Uschi Eid** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wenn nein, aufgrund welcher gutachterlicher Grundlage kam Kulturstaatsminister Bernd Neumann zu der Entscheidung, dass gegenwärtig „konservatorische und restauratorische Bedenken“ (Pressemitteilung vom 13. April 2007) gegen die von öffentlicher Seite geforderte und auch gegen den von ägyptischer Seite bereits im Jahr 2006 geäußerten Wunsch nach einer temporären Ausleihe der Nofretete-Büste nach Ägypten sprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Welche Bundesminister nahmen an der Trauerfeier für den ehemaligen Marine-Stabsrichter Hans Filbinger teil, und sind diese Bundesminister ggf. bereit, sich bei den Hinterbliebenen des Matrosen Walter Gröger für ihre Teilnahme an der Trauerfeier für den „furchtbaren Juristen“ zu entschuldigen (Süddeutsche Zeitung), 13. April 2007)?

8. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Hat die Bundesregierung den Hinterbliebenen des Marine-Stabsrichters Hans Filbinger kondoliert, und wenn ja, wie lautet der Text des Kondolenzschreibens?

9. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie viele schwerbehinderte Hochschulabsolventinnen und -absolventen wurden im Jahr 2006 bei obersten Bundesbehörden als Praktikantin/Praktikant beschäftigt?

10. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Unterstützt die Bundesregierung die Absicht, den vom Bundeskabinett bereits beschlossenen Gesetzentwurf zum neuen Passgesetz dahingehend zu ändern, dass die Fingerabdrücke der Passinhaber außer im Chip des Passes auch an anderer Stelle gespeichert werden können, oder hält sie an dem Vorhaben fest, die „bei der Passbehörde gespeicherten Fingerabdrücke“ „spätestens nach der Aushändigung des Passes an den Passbewerber zu löschen“ (Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 16/4138)?
11. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)	Beurteilt die Bundesregierung, ähnlich wie es der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, im Interview mit dem Stern getan hat, den Online-Zugriff der Polizeien und anderer Behörden auf digitalisierte Passfotos der Meldebehörden als Fortsetzung der bisherigen Fax- und E-Mail-Übermittlung?
12. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)	Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die digitalisierten Bilder auch zum Abgleich mit Videoaufnahmen und zur Identifizierung in Echtzeit z. B. bei Demonstrationen verwendet werden, und wenn ja, wie?
13. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)	Wann wurde das vom Bundesministerium des Innern dem Haushaltsausschuss des Bundestages anlässlich der Haushaltsberatungen zur Aufstellung des Haushalts 2007 zugeleitete „Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit“ (PSIS) im Bundeskabinett beschlossen?
14. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Teilt die Bundesregierung die im „stern“ vom 19. April 2007 veröffentlichte Auffassung des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, wonach sich nicht neue technisch (vielleicht) mögliche präventive oder repressive Ermittlungsmethoden nach den Vorgaben des Grundgesetzes zu richten haben, sondern das Grundgesetz jeweils den aktuellen Anforderungen der Ermittlungsbehörden „anzupassen“ ist, wobei nach dem Grundsatz von „Versuch und Irrtum“ vorgegangen werden soll und darf?

15. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Auffassung des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, dass die Bundesministerin der Justiz, Brigitte Zypries, öffentlich den Eindruck erweckt, dass keine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den beiden Ministern besteht, und worin genau bestehen die Differenzen zwischen dem Innen- und dem Justizministerium?

16. Abgeordneter **Jan Korte** (DIE LINKE.)

Welche Befürchtungen aus der Zeit der Volkszählung vor 20 Jahren wertet die Bundesregierung wie der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, als „hysterische Übertreibungen“, und was bedeutet in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass auch die Debatte um das informationelle Selbstbestimmungsrecht aus dieser Zeit stamme (stern 19/2007)?

17. Abgeordneter **Jan Korte** (DIE LINKE.)

Ist im Zusammenhang mit den angekündigten sicherheitspolitischen Richtlinien eine Grundgesetzänderung geplant, mit der die bisher nach dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung zwingend geforderte Zweckbindung erhobener Daten aufgehoben wird?

18. Abgeordneter **Michael Leutert** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Definition des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, nach der der Kern der Unschluldsvermutung heiße, „wir lassen lieber zehn Schuldige nicht bestrafen als einen Unschuldigen zu bestrafen.“ (stern 19/2007)?

19. Abgeordneter **Michael Leutert** (DIE LINKE.)

Welche Befugnisse soll das Bundeskriminalamt im Bereich der Gefahrenabwehr konkret bekommen, in dem die Unschuldsvermutung nicht gilt, und welche Konsequenzen wird das für die Eingriffschwelle der „konkreten Gefahr“ und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit haben?

20. Abgeordnete **Silke Stokar von Neuforn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche der zahlreichen bekannt gewordenen Überlegungen des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, wie der Online-Zugriff auf Passfotos, die Speicherung von Fingerabdrücken, die Online-Durchsuchung privater Computer, die

polizeiliche Nutzung von Maut-Daten, der Einsatz der Bundeswehr im Innern, der Abschuss von gekaperten Passagierflugzeugen, werden von der Bundesregierung unterstützt?

21. Abgeordnete **Silke Stokar von Neuforn** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung die Einhaltung des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Unschuldsvermutung gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

22. Abgeordneter **Joachim Günther (Plauen)** (FDP)

Bestätigt die Bundesregierung den Baubeginn des „Jagdbergtunnels“ auf der Autobahn 4 bei Jena am 1. Juni 2007, obwohl durch die Novellierung der Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln (RABT) 2006 eine neue Situation gegenüber dem Planungsverfahren entstanden ist?

23. Abgeordneter **Joachim Günther (Plauen)** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass mit der Novellierung der RABT 2006 bis zu 1 600 Gefahrguttransporter auf Umleitungsstrecken verwiesen werden müssen, die teilweise Steigungen über 10 Prozent haben und durch mehrere Orte führen?

24. Abgeordneter **Uwe Barth** (FDP)

Hat die Bundesregierung bei der Novellierung der Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln 2006 geprüft, ob die Einrichtung von Gefahrgutsammelstellen für besondere Durchfahrtszeiten an den Tunneleingängen möglich und sinnvoll ist?

25. Abgeordneter **Uwe Barth** (FDP)

Hält die Bundesregierung zur Vermeidung zusätzlicher Belastungen der von einer Umgehung betroffenen Orte eine Lösung dahingehend für sinnvoll, eine Fahrspur der alten Streckenführung der Autobahn 4 für Gefahrguttransporte oder als Ausweichstrecke im Falle von Havarien im Tunnel aufrechtzuerhalten, und wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

26. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit hält die Bundesregierung die Kostenschätzung für das Transrapid-Projekt München des Sachstandsberichtes vom 30. Juni 2004 in Höhe von 1,85 Mrd. Euro vor dem Hintergrund gestiegener Sicherheits- und Brandschutzanforderungen noch für aktuell, und welche Kostenfortschreibungen hat die Bundesregierung vorgenommen?

27. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, dass dem Transrapid keine Wintertauglichkeit zugeschrieben werden kann, und welche Auswirkungen hat das auf das finanzielle Engagement des Bundes am Transrapid-Projekt München, das von einem ganzjährigen Fahrbetrieb ausgeht?

28. Abgeordneter **Peter Hettlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viel Zeit wird die Bundesregierung zur Beantwortung der Frage 25 (Bundestagsdrucksache 16/1604) zur Fragestunde am 1. Juni 2006 noch benötigen, in der die Bundestagsabgeordnete Elisabeth Scharfenberg nach der ausgebliebenen Beantwortung eines Schreibens des Sächsisch-Bayerischen Städtenetzes an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Sachsen-Franken-Magistrale fragte, und wann ist mit einer Antwort an das Städtenetz zu rechnen?

29. Abgeordneter **Peter Hettlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen wurden die Mündliche Frage der Bundestagsabgeordneten Elisabeth Scharfenberg sowie die Anfrage des Sächsisch-Bayerischen-Städtenetzes bislang nicht beantwortet?

30. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Mit welchen Begründungen und Absichten wurde im Gesetzgebungsverfahren des Autobahnmautgesetzes eine strenge Zweckbindung der erhobenen Daten eingeführt?

31. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung eine Änderung des Autobahnmautgesetzes plant, um die jetzige Zweckbindung der Datenerhebung aufzuheben, und wenn ja, wie weit sind diese Planungen vorangeschritten (vgl. taz 8. Februar 2007)?

32. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)

Auf welcher Rechtsgrundlage soll – vor dem Hintergrund des Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts Bautzen vom 13. März 2007 – der sächsische Ministerpräsident, Georg Milbradt, entsprechend der Bitte des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, in seinem an den sächsischen Ministerpräsidenten gerichteten Schreiben auf einen sofortigen Beginn des Baus der Waldschlösschenbrücke verzichten?

33. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)

Gab es zwischenzeitlich Gespräche zwischen der Bundesregierung und Vertretern der UNESCO über den Bau der Waldschlösschenbrücke und der rechtlichen Bewertung ihrer Mitfinanzierung durch den Bund?

34. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zur Erweiterung des prioritären Projektes 22 des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T) von Prag nach Norden über Dresden–Berlin–Nord-/Ostseehäfen im Zuge der nächsten Revision der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz 2009/2010, und wie schätzt die Bundesregierung die infrastrukturelle und wirtschaftliche Entwicklung des ost- und mitteldeutschen Raumes ein, wenn diese Erweiterung nicht vorgenommen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

35. Abgeordneter
Dr. Hakki Keskin
(DIE LINKE.)

Welchen Handlungsbedarf erkennt die Bundesregierung nach dem aktuellen Bericht des UN-Bildungsexperten Vernor Muñoz für den strukturellen Aufbau des deutschen Schulsystems?

36. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Welche Vereinbarungen haben Bund und Länder auf der BLK-Sitzung am 23. April 2007 zur weiteren Ausgestaltung des Hochschulpaktes getroffen?

37. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Wird für die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, in Reaktion auf den Berufsbildungsbericht 2007 angekündigte „nationale Qualifizierungsinitiative“ von der Bundesregierung auch die Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsplatzumlage in Betracht gezogen, bzw. was wird der qualitative Unterschied dieser Initiative zu dem bereits bestehenden und allein auf Selbstverpflichtungen und Appellen beruhenden Ausbildungspakt sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

38. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)

Mit welchem Konzept und zu welchem Zeitpunkt will die Bundesregierung eine Angleichung des Rentenniveaus Ost an West erreichen, wobei laut einem Bericht des MDR-Magazins „Umschau“ zufolge die Einkünfte ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner um 20 Prozent unter denen in den alten Bundesländern liegen?

39. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)

Welche Auswirkungen hat aus Sicht der Bundesregierung die Auflösung bzw. Regionalisierung der Vermittlungsstelle für schwerbehinderte Akademiker bei der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) zum 1. Mai 2007 (siehe www.kobinetnachrichten.org vom 17. April 2007) für arbeitsuchende schwerbehinderte Akademikerinnen und Akademiker?

40. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, welche EU-Länder Mindestlohnregelungen eingeführt haben und gleichzeitig über einen annähernd mit der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar geregelten Arbeitsmarkt (wie zum Beispiel den vielen Schutzvorschriften für Arbeitnehmer – Stichwort Kündigungsschutzrecht) verfügen?

41. Abgeordneter
Volker Schneider (Saarbrücken)
(DIE LINKE.)

Bestehen nach Auffassung der Bundesregierung, neben den Lohnverhandlungen der Tarifparteien, darüber hinaus andere Möglichkeiten, eine schnellere Angleichung des Lohnniveaus der neuen Bundesländer, das mit 0,49 Prozent deutlich hinter demjenigen der alten Bundesländer mit 0,98 Prozent

zurückgeblieben ist, zu erreichen (siehe auch bereits gestellte Frage 41 auf Bundestagsdrucksache 16/4973), wenn ja, welche Maßnahmen?

42. Abgeordneter **Volker Schneider (Saarbrücken)** (DIE LINKE.)

Wie müssten sich nach Einschätzung der Bundesregierung die Beschäftigung und die Konjunktur entwickeln, um eine Angleichung bis 2020 zu ermöglichen?

43. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache – auch angesichts der Vorbildfunktion öffentlicher Einrichtungen –, dass sie einerseits durch die Schirmherrschaft von Bundesminister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, bei der Initiative „Fair Company“ eine adäquate Aufwandsentschädigung für Praktikantinnen und Praktikanten unterstützt (http://www.karriere.de/faircompany) und andererseits den eigenen Praktikantinnen und Praktikanten innerhalb der Bundesregierung keinerlei Vergütung zahlt (Bundestagsdrucksache 16/3976), und wie gewährleistet die Bundesregierung in ihrer Funktion als Schirmherrin, dass die Kriterien von „Fair Company“ auch tatsächlich von den Praktikumsgebern eingehalten werden?

44. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie lautet der konkrete Zeitplan der Bundesregierung für die Entwicklung von gesetzlichen Lösungsvorschlägen zum Schutz von Praktikantinnen und Praktikanten, und welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Anhörung des Petitionsausschusses des Bundestages zu diesem Thema am 26. März 2007?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

45. Abgeordneter **Dr. Hakki Keskin** (DIE LINKE.)

Welche Initiativen plant die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft, um die Republik Zypern zu einer besseren Kooperation in der Frage der Aufnahme direkter Handelsbeziehungen mit Nordzypern zu bewegen?

46. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorgehen der russischen Polizeikräfte gegenüber den Demonstrantinnen und Demonstranten vom 14. und 15. April 2007 in Moskau und St. Petersburg hinsichtlich der Wahrung internationaler Standards von Versammlungsfreiheit und Verhältnismäßigkeit der Mittel?

47. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung derzeitig den Schutz der Versammlungsfreiheit in Russland im Vergleich zu internationalen Menschenrechtsstandards ein?

48. Abgeordnete
Marieluise Beck (Bremen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung die Situation der Menschenrechte und Grundfreiheiten wie Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Demonstrationsfreiheit nach den jüngsten Ereignissen in St. Petersburg und in Moskau in der Russischen Föderation ein, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die jüngste Gesetzesnovellierung des so genannten Extremismusgesetzes, nach der nun auch die Teilnahme an so genannten Massenunruhen als Schwerverbrechen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwölf Jahren bestraft werden kann?

49. Abgeordnete
Marieluise Beck (Bremen)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welche Art und Weise wird die Bundesregierung in ihrer Funktion als EU-Ratspräsidentschaft die Übergriffe auf Oppositionelle und akkreditierte Journalisten von Seiten der Sicherheitskräfte in den EU-Menschenrechtskonsultationen ansprechen?

50. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Verbleib der in Moskau und St. Petersburg am 14. und 15. April 2007 über 170 festgenommenen Demonstrantinnen und Demonstranten, und wie viele von ihnen befinden sich noch immer in Haft?

51. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob und wie viele der Demonstrantinnen und Demonstranten im Zuge der Auflösungen der Demonstrationen und Festnahmen von russischen Polizeikräften geschlagen oder auf andere Art und Weise körperlich misshandelt wurden, bzw. wie hat die

Bundesregierung auf diese Vorfälle reagiert, bzw. bei welcher Gelegenheit wird die Bundeskanzlerin dies gegenüber der russischen Seite ansprechen?

52. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Erklärung des russischen Außenministers, Sergej Lawrow, dem Ahtisaari-Plan zum künftigen Status des Kosovo nicht zustimmen zu wollen?

53. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung bereit, die Forderung des russischen Außenministers nach weiteren Verhandlungen über den künftigen Status des Kosovo positiv aufzugreifen?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333